

# Verantwortung für die Zukunft Europas Plädoyer für christliche Politik

von Bischof Dr. Josef Homeyer, Hildesheim  
Präsident der ComECE, Brüssel

*Europäisches Laientreffen  
im Rahmen des ersten Mitteleuropäischen Katholikentages  
20.- 21. Mai 2004 in Wien*

- Inhalt: (1) „Katastrophische Weichenstellung“ des Nationalsozialismus  
(Verweigerung der Hobbesschen Unterscheidung von geistlicher und weltlicher Welt)
- (2) Gegenwärtige zentrale Herausforderung für Europa, für die Christen in Europa
- (3) Wege konkreten Handelns
- (4) Benennung der christlichen Traditionen und Gottesbezug in der Präambel des EU-Verfassungs-Entwurfs

[Anrede]

Das Thema christlicher Zukunftsverantwortung ist bedeutsam genug, daß es nah an historischer Erinnerung gehalten wird. Damit wir, wie Metz es sagte und damit den spezifisch eschatologisch-apokalyptischen Kern christlicher Rede von Zukunft bestimmend – damit wir nicht einer Zukunft das Wort reden, die sich aus dem Gedächtnis des Leidens davonstiehlt und „Entsorgung der Vergangenheit“ betreibt.

Es geht mir darum, Zukunftsverantwortung im historischen Gedächtnis zu fundieren. Die Zukunftsverantwortung des Christentums kann nicht ohne die schwierige Geschichte des Christentums, eine glanzvolle und immer wieder katastrophische, in jedem Fall über den Säkularismus hinaus prägende, gelesen werden.

Beginnen möchte ich mit einem Brief, der für mich immer ein Schlüsseltext des 20. Jahrhunderts, vermutlich auch der europäischen Geschichte insgesamt, war. Dieser Brief vom 18. September 1979 stammt von *Jacob Taubes*, dem jüdischen Religionsphilosophen; sein Adressat ist *Carl Schmitt*, der Jurist des III. Reiches („Der Führer schützt das Recht“), gleichwohl eine rechtsphilosophische Jahrhundertgestalt. Nach einigen Freundlichkeiten kommt Taubes zur Sache:

*„Just als Erzjude weiß ich zu zögern den Stab zu brechen. Weil in all dem unaussprechlichen Grauen wir vor einem bewahrt blieben. Wir hatten keine Wahl: Hitler hat uns zum absoluten Feind erkoren. Wo aber keine Wahl besteht, auch kein Urteil, schon gar nicht über andere. Was nicht heißt, daß es mich nicht umtreibt zu verstehen, was eigentlich ... geschehen ist – wo die Weichen in die Katastrophe (unser und die Ihrige) gestellt wurden.“*

Unter die katastrophischen Weichenstellungen rechnet *Taubes* die Rede vom „positiven Christentum“ im Naziprogramm, einer Deckformel, unter der dann eine „Theo-zoologie des Rassenwahns“ entworfen wurde, die in Wahrheit eine theologische Besetzung des Politischen war, die totalitäre Verneinung der Differenzierung von geistlich und weltlich. *Taubes* mit Bezug auf *Schmitts* Leviathan-Monographie:

*„Die Grenzziehung zwischen geistlich und weltlich mag strittig sein und ist immer neu zu ziehene(ein immerwährendes Geschäft der politischen Theologie), aber fällt diese Scheidung dahin, dann geht uns der (abendländische) Atem aus, auch dem Thomas Hobbes, der wie [auch] immer power ecclesiastical and civil unterscheidet.“*

Diese Analyse muß ganz sicher gelesen werden als Urteil über die Gründe der nationalsozialistischen Katastrophe: Uns ist, in der Tat, der „abendländische Atem“ ausgegangen, Europa ist in den Schreien von

Auschwitz erstickt. Und zwar, so Taubes, weil die Hobbessche Unterscheidung von geistlicher und weltlicher Welt unterlaufen wurde und weil die Beziehung aufeinander, dieses immer neue Ausmessen von Geistlich und Weltlich verweigert wurde.

Der totalitäre Angriff auf die Moderne war durchschlagend, weil eine entscheidende modernitätskritische Ressource im nationalsozialistischen Kult umbesetzt und okkupiert wurde: die jüdisch-christliche Überlieferung! Diese Erfahrung führte eine Reihe der bedeutendsten Politiker nach 1945 zu einer Orientierung des Politischen am christlichen Wertekanon und zum Aufbau eines Gesellschaftsmodells, das als Soziale Marktwirtschaft auf dem christlichen Menschenbild aufruhte.

Spätestens seit dem 11. September hat die Frage des Verhältnisses von Geistlich und Weltlich wieder weltgeschichtlich-existentielle Bedeutung gewonnen. Als Antwort auf einen mörderischen Fundamentalismus wie auf eine entfesselte Globalisierung sehe ich grundsätzlich keine andere Antwort als die europäische der differenziert kritischen Bezugnahme des Religiösen und des Weltlichen aufeinander. Dazu gehört das Auseinandertreten von Privat und Öffentlich, die negative Religionsfreiheit, wie auch der öffentliche Status der Religionsgemeinschaften, die positive Religionsfreiheit.

Es geht darum, im öffentlichen, politischen Raum die Orientierung an humanen Werten und Normen kritisch wie selbstkritisch zu artikulieren und angemessen zu verständigen. Politisch vorrangig ist die in kritischem Dialog einzulösende Verpflichtung der verschiedenen europäischen Traditionsstränge auf Humanität. Gerade weil das Christentum im Schöpfungs- und Bundesglauben von der unverletzlichen Autonomie des einzelnen Individuums überzeugt ist, bleibt es intuitiv empfänglich für Gefährdungen der Freiheit. Gerade weil der christliche Glaube universalistisch ist, Gottes Offenbarung gilt allen Menschen oder überhaupt nicht, ist er immer wieder Aufbruch zu neuer, unteilbarer Solidarität. Individualität und Universalität des Heils sind die Pfandmarken, die das Christentum für eine humane europäische Gesellschaft hinterlegt.

Entscheidend ist, daß Religion sich nicht weiter defensiv privatisiert und auch nicht aus der öffentlichen Verantwortung entlassen wird. Die Prozesse der Globalisierung, also der kulturellen Homogenisierung und der Durchsetzung liberaler Marktmechanismen, lösen Ängste aus, die auch in „modernen“ Gesellschaften fundamentalistische oder nationalistische Gegenreaktionen bewirken. Religion darf diese Reaktionen nicht ethnisch anheizen oder metaphysisch legitimieren. Dann aber ist sie in öffentliche Verantwortung zu nehmen, muß also im Diskurs mit aufklärerischen Traditionen gebunden bleiben. Eine vollends privatisierte Religion nährt aus dumpfen Nischen und kleinbürgerlichen Vorgärten heraus den Fundamentalismus, also die Weigerung der Anerkennung des Anderen.

Religion in öffentlichem Diskurs! – dies scheint mir die aus historischen Erfahrungen einzig begründbare Architektur christlicher Verantwortung für die Zukunft zu sein. Diese öffentliche Verantwortung begründet und erzwingt den Dialog aller europäischen Traditionen. Öffentliche Verantwortung verhindert durch das kritische Potential christlichen Menschengedächtnisses, daß die Aufklärung instrumentell und technokratisch wird, dem Menschen Natur entzieht, um ihn zum Gebrausgut zu machen; öffentliche Verantwortung verhindert durch das kritische Potential des Arguments, daß Religion zum Deckmantel spießiger Vormacht, am Ende des Fundamentalismus wird. Soviel Religion braucht die Moderne, soviel Moderne braucht das Christentum: um der Lebendigkeit unserer Hoffnung willen!

## II.

Die Verantwortung der Christen für die Zukunft Europas ist also eine dialogisch gebundene und nur so öffentlich sprechbare.

Dabei müssen wir Christen Auskunft geben, welches Europa wir eigentlich wollen. Wollen wir eine wirtschaftliche Interessengemeinschaft?, wollen wir die Überwindung sozialer Ungleichheit, eine „Vergleichbarkeit der Lebensverhältnisse“ in allen Regionen, wollen wir einen starken und mindestens konkurrenzfähigen Wirtschaftsraum im Prozeß der Globalisierung, wollen wir mithin einen neuen großen Nationalstaat Europa oder eher einen lockeren Verbund von Nationen? Über alle diese und weitere Optionen zur Finalität Europas kann man wohl unter Christen unterschiedlicher Meinung sein. Daß

britische Christen die Dinge anders sehen als französische bleibt unbenommen. Entscheidend ist, daß wir die wirklich zentralen Herausforderungen für die Zukunft für das europäische Gemeinwohl annehmen.

Dies sind:

*Erstens* die demographische Implosion in Europa. Der Rückgang der Geburten und die damit einhergehende Überalterung der Gesellschaften in Europa stellt das nach dem Krieg aufgebaute Sozialstaatsmodell Westeuropas für ganz Europa in Frage. Es wird in Europa einen Sozialstaat des in Westeuropa gewohnten Umfangs *allein wegen der demographischen* Krise nicht mehr geben. Es kommt darauf an, die elementaren Bedürfnisse, die großen Risiken abzusichern (basic needs). Es kommt für Christen auch darauf an, jene gesellschaftlichen Netzwerke und Biotope der Solidarität wieder aufzubauen insbesondere der Familie, die teils durch den Sozialstaat, vor allem natürlich durch die ökonomischen Durchgriffe auf Lebenswelten, durch Flexibilisierung und Rationalisierung usw. zurückgedrängt wurden.

*Zweitens* die gerechte Verteilung schwindenden Wachstums. Es wird in absehbarer Zukunft in Europa die Wachstumsraten vergangener Jahrzehnte nicht mehr geben. Manche – verständliche, aber übertriebene – Hoffnungen gerade in Mittel-Osteuropa werden enttäuscht werden müssen. Allerdings ist dies auch der Ernstfall der gesamteuropäischen Solidarität. Unter Bedingungen des wirtschaftlichen Wachstums war es relativ leicht, die Versprechen der Solidarität in Europa zu halten. Wie aber ist es unter wirtschaftlich ungleich schlechteren Voraussetzungen? Stehen wir in Europa vor ganz neuen Konkurrenzen und Verteilungskämpfen? Das wird unausweichlich sein. Um so mehr sind Christen gefordert, für die Ziele gerechter Verteilung, insbesondere angesichts der Disparitäten gegenüber Osteuropa einzutreten. Eine Solidarität, die knappe Ressourcen und Güter teilt, ist ohne Verzicht nicht zu haben. Wer das nicht will, entzieht – zumal in Zeiten der wirtschaftlichen Krise – der politischen Union Europas die Legitimität.

*Drittens* die Balance zwischen ökonomischen Notwendigkeiten und sozialem Zusammenhalt. In allen europäischen Regionen finden derzeit Prozesse ökonomischer Modernisierung statt, diese sind hauptsächlich durch die Globalisierung erzwungen. Dabei werden Traditionen zur Disposition gestellt und Standards des Sozialstaats deutlich zurückgefahren. Maschinen sollen oder müssen auch sonn- und feiertags laufen, Arbeit darf nicht zu teuer werden. An diesen Gesetzmäßigkeiten des Marktes und weltweiten Wettbewerbs kommt man schwer vorbei. Es gibt nichts umsonst. Gerade so aber müssen wir prüfen: Wie kostbar ist uns beispielsweise der Sonntag als heilige Zeit, wie weit darf eigentlich der Mensch maschinenähnlich flexibilisiert werden? Aber noch einmal: Solche Einsprüche für den Menschen gibt es nicht umsonst, sie kosten ihren Preis. Christen sind dafür verantwortlich, diese, tief im europäischen kulturellen Gedächtnis verwurzelten, Fragen nach der Würde und Integrität menschlichen Lebens wachzuhalten und also einer bloßen Zweckrationalität anschaulich, also in einer anderen Lebenspraxis zu widersprechen.

*Viertens* die Gestaltung der Immigration. Schon aus demographischen Gründen kann Europa auf Einwanderung nicht verzichten. Diese Einwanderung wird zukünftig zu verschärften sozialen und kulturellen Konflikten führen. Christen haben hier politisch und bürgergesellschaftlich für Räume der Integration und Verständigung einzustehen. So wie wir Christen mit den anderen umgehen, so wird man uns den schlechthin Anderen, Gott, abnehmen. Nicht, wie wir uns unter uns selbst verständigen, sondern, wie wir den Fremden aufnehmen, bestimmt christliche Glaubwürdigkeit in dieser Gesellschaft.

*Fünftens* die Verständigung mit dem Islam. Europa ist ein wesentlich christlich geprägter Kontinent. Nicht der Koran ist das Buch Europas, sondern die Bibel. Dies anzuerkennen ist Voraussetzung eines Dialogs. Umgekehrt ist damit seitens der europäischen Traditionen überhaupt nicht geleugnet, daß der Koran eine der großen Ur-kunden der Menschheit ist, es ist auch nicht geleugnet, daß es eine große muslimische Geschichte in Spanien oder auch in Südosteuropa noch gibt, es ist auch nicht geleugnet, daß 12 Millionen muslimische Mitbürger in der europäischen Union einen erheblichen Beitrag zu Wohlstand und kulturellem Reichtum leisten. Gleichwohl: Christen sind, zumal unter den Bedingungen des Säkularismus und Pluralismus Bürgen einer Tradition, die ihnen als Menschheitsgedächtnis anvertraut ist und zur europäischen Identität gehört. Auf dieser Basis – eines fides quaerens intellectum, eines Glaubens also, welcher Einsicht sucht, vernunftbezogener Glaube und transzendenzoffene Vernunft, jenes zentrale

Wort des Anselm von Canterbury, das dem Fundamentalismus wehret und zu dem genuin-europäischen Kirche-Staat-Verhältnis geführt hat – auf dieser Basis also laden Christen den Islam zum Dialog mit der Aufklärung, vor allem zur Klärung des Verhältnisses von Religion und Staat ein. Denn nicht zwischen Christentum und Islam gibt es einen Konflikt, sondern zwischen Aufklärung (Moderne) und Islam.

### III.

Dies sind, gewiß nicht vollständig, die Herausforderungen in Europa und also für Christen in Europa die Herausforderungen für die Zukunft.

Was sollen wir konkret tun?

Wir sollen zunächst und zentral kirchliche Christen sein. Denn die älteste und stabilste europäische Institution, die Diözese, stiftet den Kern einer europäischen Bürgergesellschaft. Es gibt für uns keine Nationalkirchen wohl Kirchen mit der Pflege eigener Sprache und eigener christlicher Inkulturation, es gibt für Christen keine übergeordnete oder untergeordnete Kirche, sondern in jeder Ortskirche, in der der unter Leitung eines Bischofs, vereint mit dem Episkopat der Weltkirche und dem Papst, Eucharistie gefeiert wird, ist wahrhaft Kirche. Ein solches diözesanes Netzwerk in Europa wird sich in vielfältigen Initiativen ausprägen und immer deutlicher ein europäisches Gesicht bekommen: In Initiativen der Bildung, der Caritas, der politischen Kooperation, in vielfältigen Begegnungen vor allem der Jugend, in Wegen der Aussöhnung, der Anerkennung der Erfahrung des Anderen, in Wertschätzung der anderen spirituellen Tradition, die untrennbar verbunden ist mit geschichtlichen Erfahrungen, Erfahrungen, die den Christen, die unter dem Stalinismus gelebt und überlebt haben, höchste Autorität des Zeugnisses verleiht.

Wir sollten uns sodann nicht scheuen, uns öffentlich, politisch einzumischen: Und zwar: Im Widerstand für die Würde des Menschen, im Wagnis, daß der Mensch über sich hinaustritt in die Weite der Verheißungen Christi und in der Erinnerung jener Leidensgeschichte, die im Golgatha Christi umschlossen ist, aber auch in Erinnerung jener Geschichten gelingenden Lebens, deren Grund, Maß und Ziel Jesus Christus ist – besonders deutlich in den großen Heiligen *Maximilian Kolbe* und *Edith Stein*. Unsere öffentliche, politische Einsmischung als Widerstand, Wagnis und Erinnerung wird Europa reich machen und Solidaritäten anstiften.

Allerdings, wir dürfen das Ereignis des 1. Mai 2004 nicht verstehen als eine Art „Ost-Erweiterung“ der EU (die gleichsam hegemonial, kolonialistisch konnotiert missdeutet werden könnte), sondern haben dieses Ereignis zu begreifen als das, was es ist, nämlich die „Europäisierung“ der EU. Es gilt, die unterschiedlichen Erfahrungen des Ostens und des Westens „wahr“-zunehmen, die Erfahrungen der mittelosteuropäischen Länder mit dem Totalitarismus des letzten Jahrhunderts und die Erfahrungen der westlichen Länder mit dem Säkularismus. Wir müssen den Mut haben, die tiefsitzenden Vorurteile zur Sprache zu bringen und zu überwinden, um gemeinsam das künftige Europa zu gestalten. Papst Johannes Paul II. hat die Richtung, was für die Kirche in Europa ansteht, in seinem Nachsynodalen Apostolischen Schreiben „*Ecclesia in Europa*“ (2003) in hervorragender Weise dargelegt, wenn er nicht von den einzelnen Nationen spricht, sondern immer wieder von den Bischöfen, Priestern, Gemeinden Politikern „in Europa“, „Du, Kirche in Europa“.

### IV.

Entschieden sollten wir deshalb auch für den Aufruf religiöser Traditionen in der europäischen Verfassung eintreten.

Hierzu und damit zur christlichen Verantwortung für die Zukunft unseres Kontinents einige abschließende Überlegungen:

Für das politische Europa wurde zu Recht das universalistische Erbe reklamiert und in der Menschenrechts-Charta als unverzichtbar erklärt. Wer dem zustimmt, sollte das aber auch in der Form tun können, die der großen Mehrheit der europäischen Bevölkerung wesentlich ist: im Gottesbezug. Inwiefern dieser einen unverwechselbaren europäischen Universalismus und die unverzichtbaren politisch-säkularen Traditionen

nicht ausschließenden Angelpunkt der Verfassung darstellen kann, möchte ich abschließend in drei Thesen begründen:

*Erste These: Der Gottesbezug einer Verfassung ist für pluralistische und säkulare Gesellschaften eine Bürgschaft gegen Totalitarismen.*

Dies scheint mir in zweifacher Hinsicht von humaner Bedeutung zu sein. Einmal ist gar nicht klar, ob nicht demokratische Prozeduren und ihr legitimatorischer Prozeduralismus dahin tendieren gleichsam subjektlos, demokratisch analphabetisch, am Ende totalitär zu werden. Wer garantiert eigentlich, daß die prozedural legitimierte Entscheidung nicht doch in die gentechnologische Manipulation und Unterwerfung des uns anvertrauten Menschen führt? Zum anderen: Die beschleunigten Entwicklungen der wissenschaftlich-technischen Welt sind heute so tiefgreifend, daß sie unmittelbar und radikal in das normativ überlieferte Konzept menschlicher Freiheit und gerechter Gesellschaften eingreifen. Könnten Gesellschaften nicht gerade dadurch ihren freiheitsverbürgenden Primat der Politik sichern, indem sie auf die religiösen Intuitionen vertrauen und sie als Bürgen dieses Primats in Anspruch nehmen?

Die amerikanische Politiktheoretikerin *Agnes Heller*, Inhaberin des Hannah-Arendt-Lehrstuhls in New York, hat die bürgerschaftliche Bedeutung des Gottesbezugs in einer Verfassung im Bild des „leeren Stuhls“ entfaltet: *„Der leere Stuhl [der Gottesbezug] wartet auf den Messias. Wenn jemand diesen Stuhl besetzt, kann man sicher sein: es handelt sich dabei um einen pervertierten oder verlogenen Messias. Wenn jemand den Stuhl wegnimmt, dann ist die Vorführung zu Ende, und der Geist wird die Gemeinde verlassen. Die Politik kann diesen unbesetzten Stuhl nicht gebrauchen; aber solange man diesen Stuhl beläßt, wo er ist, genau dort im Zentrum des Raumes, wo er in seiner warnenden, vielleicht sogar pathetischen Leere fixiert bleibt, müssen die politischen Handlungsträger sein Dasein immer noch in Rechnung stellen.“*

Ein solcher gottesbezüglicher Verweis übersteigt jeden demokratischen Konsens und wird ihn kritisch zu befragen suchen auf seine menschenrechtliche Substanz. Hierfür hat öffentliche Religion in der Moderne zu bürgen.

*Zweite These: Der Gottesbezug einer Verfassung ist identitätsstiftender Aufruf der Vergangenheit.*

Dabei geht es nicht um die Repristinierung vormoderner Gesellschaftsformationen, das wäre die traditionalistische Variante oder der fundamentalistische Exzeß des 11. September. Es geht vielmehr um die Bewahrung europäischen Gedächtnisses. Dieses Gedächtnis ist Vergegenwärtigung fremden Leids. Insofern ist der Gott einer europäischen Verfassung allemal der Gott, der in Auschwitz angerufen wurde, allemal der Gott, in den Muslime der Reconquista in Spanien hineingestorben sind, allemal der Gott, der sich den von europäischen Kolonialmächten Ermordeten zugewandt hat. Der Schrei des Schema Israel in Auschwitz hallt durch ganz Europa und ist bis heute nicht verhallt. Diese Anrufung des Gottes Abrahams, Isaaks und Jakobs, der der Gott und Vater Jesu Christi ist, diese Anrufung aus den Gaskammern zur Privatsache zu erklären, halte ich für einen späten, grausamen Zynismus. Um der Würde dieses Gedächtnisses, in dem Christen, Juden und Muslime eine gemeinsame Identität zu formulieren hätten, muß es einen Gottesbezug in der Verfassung geben: um der Autorität der Leidenden willen, wie Johann Baptist Metz immer wieder eingeschärft hat.

*Dritte These: Der Gottesbezug einer Verfassung ist Anrufung einer anderen Zukunft Europas.*

Damit meine ich vor allem den normativen Verweis auf jenen menschenrechtlichen Universalismus, von dem Europa sich selbst zu oft dispensiert hat. Die Verspätung Europas in Jugoslawien, das koloniale Gestikulieren einzelner westeuropäischer Politiker gegenüber Osteuropa, der ökonomische Ruin Afrikas geben von solcher Politik klammheimlicher Dispensen von universalen Werten bis heute Zeugnis. In einem Gottesbezug der Verfassung wäre eine andere Zukunft Europas angerufen, eine zumindest, die Zukunft nicht als bloße Verlängerung der Gegenwart begreift, nicht bloß als Ausbau bestehender ökonomischer und ideologischer Dominanzen, sondern als der uns entgegenkommende Anruf einer anderen, wirklich universalen Solidarität.

Der Entwurf eines politischen Europa sollte die Zukunft nicht durch Ausblenden der Herkunft unterbieten: nicht seines universalen Erbes, nicht seiner konkreten Geschichte, auch ihrer dunklen Seite.

Das politische Europa braucht kulturelle Integration. Diese erinnerungslos zu konstruieren, halte ich für einen Fehler. Denn, so Habermas in seiner Friedenspreisrede: *„In Anbetracht der religiösen Herkunft seiner moralischen Grundlagen sollte der liberale Staat mit der Möglichkeit rechnen, daß die „Kultur des gemeinen Menschenverstandes“ (Hegel) angesichts ganz neuer Herausforderungen das Artikulationsniveau der eigenen Entstehungsgeschichte nicht einholt.“*

Gewiß, Herkunft ist ambivalent und also kritisch anzueignen; gewiß Genese ist noch nicht Geltung. Diese aber wäre in öffentlicher Verständigung zu erarbeiten. Das wäre meine Vision kultureller Integration und Zukunftsfähigkeit eines politischen Europa: ein herkünftiges, ein zukunftsfähiges Europa. Kein Konstrukt.